

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 70 / 02. 09. 2004**

#### **CHEMIKALIEN - OZON**

**23.07.04 Ozonalarm: Morgens Sport treiben - Über Nacht sinken die Werte wieder**

Baierbrunn (ots) - Bei sommerlichen Wetterlagen mit hohen Ozonwerten sollen Sportler ihre Aktivitäten in die frühen Morgenstunden legen. Erst mit den starken Verkehrsströmen zwischen sieben und acht Uhr steigen die Ozonkonzentrationen steil an, berichtet das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Ozon reizt die Atemwege und kann Menschen mit Vorschädigungen wie Asthmatiker und Allergiker besonders zu schaffen machen. In Städten sinken die Werte in der Regel auch in den Abendstunden nach acht Uhr deutlich, so dass Jogger wieder ausschwärmen können. Obwohl ländliche Gebiete an der Ozonentstehung wenig Anteil haben, sind sie stärker als Städte von den Auswirkungen betroffen: In der Landluft kommt weniger Stickoxid vor. Diese Substanz baut Ozon ab. Hohe Konzentrationen bleiben dadurch bis in den späten Abend erhalten. Auf dem Land konzentrieren sich Sportler besser ganz auf die Morgenstunden. Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 7/2004 B liegt in vielen Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben. Mehr Texte auch online: [www.GesundheitPro.de](http://www.GesundheitPro.de)

ots-Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau, URL steht nicht mehr zur Verfügung  
Anmerkung Scherrmann: Vor ca. 6-10 Jahren reagierte ich unter vielem anderem auch extrem auf Ozon. Ich konnte - aufgrund der Schwere meiner Atembeschwerden - den Ozonwert ziemlich genau bestimmen. Fast alle, inklusive der Lungenfacharzt, hielten mich damals fuer fixiert bzw. die Beschwerden fuer eingebildet und psychisch bedingt. Ich vermute, die weitergehende Erkenntnis, dass hoehere Ozonwerte nicht nur fuer SportlerInnen sondern auch fuer Kinder und Kranke schaedlich sind und umfassende politische bzw. gesetzliche Reaktionen verlangen, wird noch viel Zeit benoetigen. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, wie bequem es fuer alle (ausser den Kranken) ist, wenn die Beschwerden von der organischen auf die psychische Ebene geschoben werden. .

#### **CHEMIKALIEN - PESTIZIDE**

Vom Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. PAN:Presse-Information Hamburg, 1.7.2004

**Vom Internet zum Feld: Neues Informationssystem zum nicht-chemischen Pflanzenschutz in den Tropen, OISAT Inf**

Zum 1. Juli 2004 startet das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) den englischsprachigen Internet Informationsdienst „Online Service for Non-chemical Pest Management in the Tropics, OISAT Info“ (<http://www.oisat.org>). Dieser Informationsdienst ist ein wichtiger strategischer Baustein, um den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden unter Armutsbedingungen in den Tropen zu reduzieren, Vergiftungen durch Pestizide zu vermeiden und stabile Anbausysteme zu fördern.

#### **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

von elektrosmognews:

Auf der Plattform <http://www.hese-project.org> kann man unter dem Forum Medizin die Power-Point-Präsentation der Veranstaltung von Naila herunterladen. Gleichzeitig ist dem Forum Medizin ein Thread eröffnet worden, in dem auf wissenschaftlicher Basis zum Thema **Pilotstudie Naila und Ausweitung der Studie auf das gesamte Bundesgebiet** diskutiert werden kann. Weitere Informationen zur Ärztstudie Naila auf der Seite von Elektrosmognews. Stadtrat von Naila verfasst Petition

**Petition "Wirksamer Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung"** <http://www.naila.de/petition.pdf>

Folgende Studie erreichte uns aus Spanien. Deutsche Übersetzung h.e.s.e.-project - Übersetzt von D. Bücher DAS MIKROWELLENSYNDROM – WEITERE ASPEKTE EINER SPANISCHEN STUDIE  
Oberfeld Gerd, Navarro A. Enrique, Portoles Manuel, Maestu Ceferino, Gomez-Peretta Claudio  
Kurzfassung: In La Nora, Murcia, Spanien, wurde in der Umgebung zweier GSM 900/1800 MHz-Mobilfunk Basisstationen eine Gesundheitsbefragung durchgeführt. Das im Schlafzimmer gemessene E-Feld (~ 400 MHz – 3 GHz) wurde in Terzile aufgeteilt (0,02 – 0,04 / 0,05 – 0,22 / 0,25 – 1,29 V/m). Die Spektralanalyse zeigte, dass der Hauptbeitrag und die Hauptvariation des E-Feldes von den GSM-Basisstationen verursacht wurde. Das bereinigte (Geschlecht, Alter, Entfernung) logistische

Regressionsmodell zeigte statistisch signifikante Expositions Wirkungs-Beziehungen zwischen dem EFeld

und den folgenden Variablen: Abgeschlagenheit, Reizbarkeit, Kopfschmerzen, Übelkeit, Appetitverlust, Schlaflosigkeit, Depressionen, Unbehagen, Konzentrationsstörungen, Gedächtnisverlust, Sehstörungen, Schwindel und Herz-Kreislauf-Probleme. Die Einbeziehung der Entfernung, die eine Abschätzung für die manchmal angeführte „Bedenken-Erklärung“ darstellen könnte, änderte das Modell nicht substantiell. Diese Ergebnisse stützen die erste, auf zwei Gruppen (arithmetisches Mittel 0,65 V/m gegenüber 0,2 V/m) basierende statistische Analyse sowie die Korrelationskoeffizienten zwischen dem E-Feld und den Symptomen (Navarro et al, „The Microwave Syndrome: A preliminary Study in Spain“, Electromagnetic Biology and Medicine, Volume 22, Issue 2, (2003): 161 – 169). Basierend auf den Daten dieser Studie. ...

Kommentar der Elektrosmognews: Diese spanische Studie bestätigt, was wir schon immer gewußt haben. Wir bringen von dieser Studie in unserem heutigen Newsletter nur die Kurzfassung. Die komplette deutsche Übersetzung ist unter News auf den Seiten von h.e.s.e.-project zu finden.

\*\*\*

**Mobilfunk macht nicht krank Elektromagnetische Felder von Mobilfunkanlagen liegen weit unterhalb der Grenzwerte.** WIEN (red.). Wer rund um sein Zuhause viele Handymasten hat, muss sich anscheinend keine Sorgen um die Gesundheit machen: Die elektromagnetischen Felder von Mobilfunkanlagen liegen weit unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte.

<http://www.diepresse.com>

Kommentar der Elektrosmognews: Der in dem Artikel genannte T. Eickmann, Chef des Instituts für Umweltmedizin an der Universität Gießen, ist auch einer der berufsmässigen Weichspüler und Herunterbeter der Mobilfunkproblematik. Meistens taucht er bei Veranstaltungen im Gefolge der Mobilfunkbetreiber auf und Verharmlost. In Hessen ist er wohlbekannt. Das Schlimme ist, dass dieser Herr auch noch im Vorstand der Landesärztekammer sitzt. Hier sollten sich die Mediziner mal selber die Frage stellen, ob das würdige Vertreter für Ihren Berufsstand sind. Der Mann hat von elektromagnetischen Feldern und deren Einwirkung auf die Gesundheit genauso viel Ahnung wie die Kuh vom Sonntag. Er war auch einer der Kritiker des Freiburger Appells. Nachzulesen auf der Plattform des h.e.s.e.-projects unter Contrakritik.

\*\*\*

**Mehr Transparenz für den Bürger. Kommission stimmt der Forderung des Europäischen Bürgerbeauftragten zu, schneller auf Bürgerbeschwerden zu reagieren**

<http://www.eukommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5200>

<http://www.eukommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5200>

**Gehirntumorklagen in USA diesmal nicht eingestellt:** <http://rcrnews.com/cgibin/news.pl?newsId=18903>

28.07.2004

**Workshop Consensus Statement HSP-Helsinki 2004** <http://omega.twoday.net/stories/287969/>  
**Einfluss der Mobilfunkbelastung auf die Retikulocytenreifung**

[http://www.buergerwelle.de/pdf/einfluss\\_mobilfunk\\_auf\\_retikulocyten\\_juli04.doc](http://www.buergerwelle.de/pdf/einfluss_mobilfunk_auf_retikulocyten_juli04.doc) Sendung „quer“ mit Moderator Christoph Süß - Nailaer-Studie

**Mobilfunk und Tumore** <http://omega.twoday.net/stories/284939/>

**Mobilfunk und Krebs** <http://omega.twoday.net/stories/284796/>

12.07.2004 **Industry Rules RF Controlling Research, Setting Standards and Spinning History**

<http://omega.twoday.net/stories/262083/>

**EMF health research** <http://omega.twoday.net/stories/262170/>

Forschung 2/2004: **Amerikanischer Mobilfunkkritiker stellt Hypothese zum Zusammenhang zwischen Autismus und elektromagnetischen Feldern her.** Der durch ein mobilfunkkritisches Buch bekannt gewordene Ingenieur Robert C. Kane stellt in einem Artikel die Hypothese vor, dass der zunehmende Autismus von Kindern der letzten Jahrzehnte mit der zunehmenden Exposition durch elektromagnetische Felder zusammenhängen könnte. Dabei gibt er jedoch zu, dass man auch andere Ursachen mit in Betracht ziehen müsste.

Robert C. Kane, Ph.D.: A Possible Association Between Fetal/neonatal Exposure to Radiofrequency Electromagnetic Radiation and the Increased Incidence of Autism Spectrum Disorders (ASD), Medical Hypotheses (2004) 62, 195-197 <http://www.emfbioeffects.org/report.html>

**GSM-Mobilfunkwellen beeinflussen die Genexpression nur bei genetisch veränderten Zellen**

Bei dieser Studie im Rahmen des Reflex-Projektes fanden Forscher bei genveränderten Stammzellen von Mäusen eine Veränderung der Genexpression

unter dem Einfluss verschiedener Emissionen, wie sie von GSM Handys abgegeben werden. Bei nicht genveränderten Stammzellen waren diese Einflüsse nicht vorhanden.

Czyz J, Guan K, Zeng Q, Nikolova T, Meister A, Schönborn F, Schuderer J, Kuster N, Wobus A.

High-frequency electromagnetic fields (GSM signals) affect gene expression levels in tumor suppressor p53-deficient embryonic stem cells. *Bioelectromagnetics* 2004; 25(3):296-307

Abstract: <http://www3.interscience.wiley.com/cgi-bin/abstract/108069855/ABSTRACT>

**Zusammenhang zwischen niederfrequenten Magnetfeldern und Brustkrebs** Eine norwegische Untersuchung Fall-Kontroll-Studie zeigt einen Zusammenhang zwischen niederfrequenten Magnetfelder und Brustkrebs: Die gefundenen Ergebnisse deuten darauf hin, dass Frauen, die in der Nähe

von Hochspannungsleitungen wohnen, ein erhöhtes Risiko zu haben an Brustkrebs zu erkranken.

Kliukiene J, Tynes T, Andersen A.:

**Residential and Occupational Exposures to 50-Hz Magnetic Fields and Breast Cancer in Women: A Population-based Study**, *Am J Epidemiol.* 2004

May 1;159(9):852-61.

Abstract:

[http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list\\_uids=15105178](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list_uids=15105178)

oder: <http://tinyurl.com/2xbuk>

**Niederfrequente magnetische Felder haben Einfluss auf das EEG**

Kanadische Wissenschaftler fanden einen Einfluss auf Alpha-Wellen des EEG's durch niederfrequente Magnetfelder, wie sie auch durch Mobiltelefone erzeugt werden. In dieser australischen Pilotstudie wurde bei Untersuchungen an 10 Probanden festgestellt, dass ein mit maximaler Sendeleistung arbeitendes

GSM-Mobiltelefon Einfluss auf das Alpha- und Betaband des EEG hatte.

D'Costa H, Trueman G, Tang L, Abdel-rahman U, Abdel-rahman W, Cosic I. **Human brain wave activity during exposure to radiofrequency field**

**emissions from mobile phones. Australian Physical and Engineering Sciences in Medicine**, 2003; 26(4): 162--67.

Abstract:

[http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list\\_uids=14995060](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?cmd=Retrieve&db=pubmed&dopt=Abstract&list_uids=14995060)

oder: <http://tinyurl.com/38goc>

Cook CM, Thomas AW, Prato FS.

**Resting EEG is affected by exposure to a pulsed ELF magnetic field. Bioelectromagnetics**,

April 2004; 25(3): 196-203.

Abstract: <http://www3.interscience.wiley.com/cgi-bin/abstract/107638672/ABSTRACT>

**Mikrowellen beeinflussen das Zellwachstum bei Kaninchen-Augenlinsen**

Chinesische Forscher fanden bei dieser Studie, dass Mikrowellen das Zellwachstum bei den Epithel-Zellen von kultivierten Augenlinsen von

Kaninchen hemmten und dafür ein zur Steuerung der Zellteilung benötigtes Eiweiß stärker auftrat.

Dies interpretieren sie als den Versuch der

Zelle, DNA-Schäden zu begrenzen.

Yao K, Wang KJ, Sun ZH, Tan J, Xu W, Li JZ, Lu DQ. 2004. **Low power microwave radiation**

**inhibits the proliferation of rabbit lens**

**epithelial cells by upregulating P27Kip1 expression. Molecular Vision** 10:138-43.

Abstract und Download: <http://www.molvis.org/molvis/v10/a18/>

Beiträge von BI Omega finden Sie u.a. unter: <http://www.buergervelle.de> (in Deutsch und Englisch)

<http://www.mobilfunkkritiker.de> (in Deutsch) <http://www.grn.es/electropolucio/ciogerman.htm> (in

Deutsch) [http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk\\_newsletter/](http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk_newsletter/) (in Deutsch)

<http://www.oekosmos.de/article/archive/20/> (in Deutsch)

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste> (in Deutsch) <http://starmailgermany.tripod.com/> (in

Deutsch) <http://forum.webmart.de/wmmsg.cfm?id=601862&t=835668#4039477> (in Deutsch)

<http://www.grn.es/electropolucio/00omega.htm> (in Englisch)

<http://groups.yahoo.com/group/emfomega->

[news/](http://groups.yahoo.com/group/emfomega-news/) (in Englisch) <http://teleline.terra.es/personal/kirke1/pagact.html> (in Englisch)

[http://www.hohle-erde.de/body\\_home.html#bio](http://www.hohle-erde.de/body_home.html#bio) (Link für Newsletterbestellung u.a.)

\*\*\*

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 16. Juli 2004 **Funkwellen vom Handy schädigen**

**das Erbgut** Nach einer neuen EU-geförderten Studie verursachen elektromagnetische Felder, wie sie

beim Handy-Telefonat entstehen, Veränderungen am Erbgut. Diese Veränderungen sind ähnlich, wie

wir sie von der Röntgenstrahlung kennen und wurden in mehreren Untersuchungen durch

unterschiedliche Institute bestätigt: <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m401.htm>

=====  
**INDUSTRIE**

Von Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.:

Hamburg, 28.07.2004 **Pestizid-Werbung von Syngenta verstößt gegen internationalen Verhaltenskodex** In Thailand bewirbt der Schweizer Chemiekonzern Syngenta das umstrittene Herbizid Paraquat (Handelsmarke Gramoxone) mit einer Kampagne, die einen klaren Verstoß gegen den Verhaltenskodex der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO zur Verteilung und dem Gebrauch von Pestiziden darstellt. Nichtregierungsorganisationen aus Asien und Europa, darunter PAN Germany, fordern von Syngenta den sofortigen Abbruch der Werbekampagne und die konsequente Einhaltung des Kodex.

Die Situation stellt sich wie folgt dar: Von einem Werbeplakat<sup>1</sup> prangen ein riesiger Geländewagen sowie viele Motorräder, dazwischen ein Gramoxone-Behälter. Diese Preise kann gewinnen, wer ein Flasche Gramoxone kauft und bei der Preisauslosung über das nötige Glück verfügt. Dieser zusätzliche Bonus steht im klaren Widerspruch zum Kodex der FAO zur Verteilung und dem Gebrauch von Pestiziden, dessen überarbeitete Version im Jahre 2002 von der FAO verabschiedet wurde.<sup>2</sup> Artikel 11.2.18 des Kodex besagt, dass die Werbung keine unangebrachten Anreize oder Geschenke beinhalten soll, die zum Kauf von Pestiziden ermuntern. Bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst eines thailändischen Bauern von 2500 Baht (60 US\$) bedeuten diese Preise unbestreitbar einen unverhältnismäßigen Anreiz. Ein Auto oder selbst ein Motorrad stellt für viele Bauern einen unerfüllbarer Wunsch dar

Die Aktivitäten von Syngenta werden von diversen Nichtregierungsorganisationen verurteilt. Das Pesticide Action Network Asia Pacific (PANAP) ruft in einem Protestbrief den Generaldirektor der FAO, Jacques Diouf, zum Handeln auf. Dieser Brief wird vom Pestizid Aktions-Netzwerk e.V., der Erklärung von Bern, und dem Pesticide Action Network UK unterstützt. "Wir sind besorgt, dass mit dieser aggressiven Verkaufsstrategie das im Nachbarstaat Malaysia verbotene Produkt in Thailand einfach verschleudert wird", sagt Sarojeni Rengam, die Direktorin von PANAP. "Der revidierte Verhaltenskodex ist ein Zeichen der Einsicht von Regierungen, der Industrie und Nichtregierungsorganisationen, dass es mehr Anstrengungen braucht, um das Pestizidrisiko in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Es ist enttäuschend, dass die wichtigen Verpflichtungen, welche die Werbung betreffen, nicht eingehalten werden" ergänzt Barbara Dinham von PAN UK.

Das inakzeptable Verhalten von Syngenta ist umso erstaunlicher, als Michael Pragnell, CEO von Syngenta und Präsident von CropLife, dem Dachverband der Pestizidindustrie, noch im März dieses Jahres wie folgt zitiert wurde: "Die Annahme des neuen Verhaltenskodex durch die Mitgliedfirmen von CropLife International zeigt das Bekenntnis der Industrie ihre Verantwortung, gemäß ihrer wichtigen Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft, ernst zu nehmen" <sup>3</sup>. Im Zeitgleich publizierten Bericht von CropLife International wird festgehalten, dass das Firmenmanagement eine klare Verantwortung hat, Aktionen einzuleiten, welche garantieren, dass der Kodex in der eigenen Firma umgesetzt wird. <sup>4</sup>

Dieser Verstoß gegen den Kodex ist besonders tragisch, da es sich bei dem Produkt um ein hochgiftiges Herbizid handelt, welches schon zu unzähligen Todesopfern und Vergiftungen geführt hat <sup>5</sup>. Deutlich wird dies z.B. in einem im Dezember 2003 im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der Thailändischen und der Dänischen Regierung veröffentlichten Bericht, in welchem der brutale Tod eines Landarbeiters durch Paraquat geschildert wird <sup>6</sup>. Der Syngenta-Werbespruch "Glück in jeder Flasche" kann in diesem Zusammenhang nur noch als zynisch beurteilt werden. Vor diesem Hintergrund fordert eine große Koalition von Nichtregierungsorganisationen und auch Regierungen das totale Verbot des Produktes. (3.760 Zeichen, 496 Worte)

Kontakte: Simone Hueber, PAN Germany +49 (0) 40 399 19 10 26, Email: simone.hueber@pangermany.

org François Meienberg, Erklärung von Bern +41 (0)1 277 70 04 Barbara Dinham, PAN UK +44 20 7274 8895 Jennifer Mourin, PAN AP +604 657 0271/ +604 656 0381 (panap@panap.po.my)

Hintergrundinformationen:

1: Das Werbeplakat findet sich auf <[http://www.syngenta.co.th/pop\\_mar.asp](http://www.syngenta.co.th/pop_mar.asp)> oder auf [www.evb.ch](http://www.evb.ch) <<http://www.evb.ch>> (mit einer englischen Übersetzung des Werbetextes).

2: Der gesamte Verhaltenskodex ist auf der Website der FAO einsehbar <http://www.fao.org> . Artikel 11.2.18 lautet im Original: advertisements and promotional activities should not include inappropriate incentives or gifts to encourage the purchase of pesticides.

3: Das Zitat findet sich in der Presseerklärung von CropLife International: <http://www.croplife.org>

4: Der Bericht findet sich auf <<http://www.croplife.org/librarypublications.aspx>> .

5: Hintergrundinformationen zu Paraquat finden sich auf <<http://www.pan-germany.org>> und

6: Der gesamte Bericht findet sich auf <<http://www.ipmthailand.org>> (der Paraquat-Fall auf Seite 10). Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0, Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20

A lot of interesting information is available at: <http://www.pan-germany.org>

\*\*\*

#### 14.07.04 **Neue Publikation: Stand von Wissenschaft und Technik im Pflanzenschutzrecht**

Frankfurt a. M. (ots) - Wenn es um die Sicherheit von Mensch und Umwelt geht, sollen sich rechtliche und technische Vorschriften an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Darin sind sich Gesetzgeber, Wirtschaft und Behörden einig. Der "Stand von Wissenschaft und Technik" hat deshalb auf vielen Gebieten Eingang in das Umweltrecht gefunden, beispielsweise im Gentechnikrecht und im Atomrecht.

Auch Pflanzenschutzmittel werden nur zugelassen, wenn sie dem "Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Technik" entsprechen. In der Praxis stellt sich dabei das Problem, in welchem Umfang die Zulassungsbehörden den Stand von Wissenschaft und Technik eigenständig vorantreiben dürfen. Denn die Entwicklung eines Pflanzenschutzmittels dauert bis zu zehn Jahre; in diesem Zeitraum ergeben sich beim heutigen Innovationstempo zahllose Neuerungen. Für die Hersteller muss das Zulassungsverfahren aber berechenbar und planbar sein. Wer bestimmt also, was im Jahr X Stand von Wissenschaft und Technik ist? Wann ist von einem neuen Stand auszugehen? Und wie fließt ein veränderter Erkenntnisstand in ein laufendes Zulassungsverfahren ein? Mit diesen Fragen hat sich Kristian Fischer von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim in einem Gutachten beschäftigt, das jetzt bei Lexxion in Berlin erschienen ist. Das Gutachten leuchtet die behördlichen Handlungsspielräume aus und entwickelt inhaltliche und verfahrensrechtliche Anforderungen für die Fortschreibung sowie für die praktische Umsetzung des Standes von Wissenschaft und Technik.

**Soll eine Erkenntnis als "neuer Stand von Wissenschaft und Technik" anerkannt werden, muss sie wissenschaftlich fundiert und in der "scientific community" allgemein akzeptiert sein, stellt Fischer fest. Ist das der Fall, können die Behörden in einem laufenden Zulassungsverfahren zusätzliche Untersuchungen verlangen. Für den Antragsteller geht die Planungssicherheit verloren, und sein Anspruch auf Vertrauensschutz, auf die Verhältnismäßigkeit einer Neuregelung und auf Abwicklung des Verfahrens in einem angemessenen Zeitraum wird empfindlich beeinträchtigt.**

Für solche Fälle sieht Fischer die Möglichkeit, die Zulassung mit der Auflage zu erteilen, innerhalb einer bestimmten Frist nachgeforderte Unterlagen vorzulegen. So werden Innovationen nicht blockiert; und gleichzeitig kann dem Vorsorgeprinzip Rechnung getragen werden. Auch für andere Konfliktsituationen bietet das Gutachten praktikable Lösungsansätze.

Kristian Fischer, Stand von Wissenschaft und Technik im Pflanzenschutzrecht, 2004 Lexxion Verlagsgesellschaft mbH Berlin, ISBN 3-936232-22-9, 130 S., Preis: EUR 29,80 Ein Rezensionsexemplar können Sie direkt beim Verlag anfordern unter [weinzettl@lexxion.de](mailto:weinzettl@lexxion.de) Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 49 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

ots Originaltext: Industrieverband Agrar e. V. Im Internet recherchierbar: <http://www.presseportal.de> Pressekontakt: Industrieverband Agrar e. V. Pressestelle Hannelore Schmid Tel.: +49 69 2556-1249 oder +49 177 8772222 , Fax: +49 69 2556-1298 E-Mail: [schmid.iva@vci.de](mailto:schmid.iva@vci.de) [www.iva.de](http://www.iva.de)

Hervorhebungen Scherrmann. Anmerkung Scherrmann: Bei dieser Pressemitteilung zeigt sich deutlich, wie mit dem Slogan "Stand der Wissenschaft" gearbeitet wird. Doch so einheitlich, wie die Industrie und auch die zustaendigen Behoerden, GutachterInnen, Gerichte es darstellen, ist dieser "Stand der Wissenschaft" nicht. Es ist ueblich, fast immer Ansprueche bei Gerichts-Verfahren im Zusammenhang mit Schadstoff-indizierten Krankheiten mit dem Slogan "nach dem Stand der Wissenschaft" abzuschmettern. Bei naeherem Hinsehen hat gerade dieser sogenannte "Stand der Wissenschaft" mit echter Wissenschaft wenig zu tun. Siehe z. B. Ingrid Scherrmann in umwelt-medizin-gesellschaft | 17 | 2/2004 Falsche Schlussfolgerungen durch einseitige Bewertung der Evidenz bei der Beurteilung von MCS. [www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/folgen.htm](http://www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/folgen.htm)

#### **KURZINFO**

01.06.04

**Klassifikationen: Neue Version der ICD-10-GM für 2005** Mit dem Jahr 2005 beginnt für das DRGSystem

die Konvergenzphase. Zur Vorbereitung darauf wird das DIMDI am 15. August 2004 die neue Version der internationalen Klassifikation der Krankheiten, ICD-10-GM, auf seinen Internetseiten veröffentlichen. <http://www.dimdi.de/>

**Datenbankrecherche rund um die Uhr** Die Datenbanken sind beim DIMDI nunmehr 24 Stunden am Tag recherchierbar. Mehr als 80 Datenbanken zum Gesamtbereich der Medizin sowie zu Arzneimitteln, und Toxikologie, Medizinprodukten und Health Technology Assessment stehen damit rund um die Uhr zur Verfügung. <http://www.dimdi.de/>

**Medizinprodukte-Datenbanken: Adressen und Literatur gleichzeitig recherchieren** Für die

Adressdatenbank Health Devices Sourcebase (HDS) steht jetzt eine spezielle Anpassung der neuen Benutzeroberfläche DIMDI SmartSearch zur Verfügung. Damit ist nunmehr auch die gleichzeitige Recherche mit den Literaturdatenbanken zum Thema Medizinprodukte/Medizintechnik möglich.  
<http://www.dimdi.de/>

**Psychosoziale Medizin geht mit gms online** Das e-Journal German Medical Science (gms), die interdisziplinäre Plattform für wissenschaftliches Publizieren in der Medizin, hat bedeutenden Zuwachs bekommen: Erstmals haben sich zehn wissenschaftliche Fachgesellschaften im Bereich der Psychosozialen Medizin zusammengeschlossen und bieten Wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Beiträge in der Fachzeitschrift "Psycho-Social-Medicine (p-s-m)" online zu publizieren.  
<http://www.dimdi.de/>

30.07.2004

**Gewerbeverein: Eim Biomassekraftwerk im dicht verbauten Gebiet ist Unsinn!**

Wir karren Hackschnitzel in die Stadt, verdrecken sie und entsorgen die Asche!

<http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040729044>

**BBC-Umfrage: Menschen Schuld am Klimawandel**

85 Prozent der Briten zu Verhaltensänderungen bereit

<http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040730007>

**Zu viele Pestizide im Obst**

Kontroverse über Chemiecocktail in Lebensmitteln <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040730021>

**Rinderwahn im Labor bei Mäusen hervorgerufen**

Prionen sind ansteckend und verursachen Erkrankung

alleine <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040730009>

**Beweis der Prion-Hypothese mithilfe synthetischer Eiweiße** SAN FRANCISCO. US-Forscher haben den nach ihrer Ansicht endgültigen Beweis dafür erbracht, dass Prionen-Erkrankungen wie die Creutzfeldt-Jakob Erkrankung (CJD) durch "fehlerhaft gefaltete" Eiweiße ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17084>

29.07.2004

**Wuerzen auf eigene Gefahr Der Geschmacksverstärker Glutamat kann Hirnzellen töten.** Doch die Behörden halten den Stoff für unbedenklich – gestützt auf Studien, die von der Herstellerlobby lanciert wurden.

**Globaler Marshall Plan der Menschlichkeit - für den Umbau der Weltwirtschaft** Leinfelden-Echterdingen (ots) - Weil es die große Politik bislang nicht geschafft hat, die vielfältigen Probleme unseres Planeten in einer konzertierten Aktion anzugehen, meldet sich jetzt eine neue Initiative zu Wort. Die Zeitschrift natur+kosmos stellt in ihrer Augustausgabe den Global Marshall Plan vor. Zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen, wie der Club of Budapest und der Club of Rome sowie diverse Wirtschaftsverbände wie B.A.U.M. haben sich zusammen getan, um gemeinsam einen Marshall-Plan für die Erde auf den Weg zu bringen. Es geht um nicht weniger als den Umbau der Weltwirtschaft. Bis zum Jahr 2015 soll die Anzahl jener Milliarde Menschen, die hungern und keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, halbiert werden. Zudem soll die Kindersterblichkeit um ein Drittel gesenkt und allen Mädchen und Jungen der Besuch der Grundschule ermöglicht werden. Schließlich wollen die Initiatoren globale Trends umkehren - vom hemmungslosen Ressourcenverbrauch über die wachsende Schere zwischen Arm und Reich bis hin zur epidemischen Ausbreitung von Aids und Malaria. Die Initiative fordert nun die Industriestaaten auf, ihre Entwicklungshilfeausgaben zu verdoppeln. Geplant sind außerdem zusätzliche Steuern. In der Anfangsphase braucht das ehrgeizige Projekt rund 120 Milliarden Dollar pro Jahr, um den Einstieg in eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft zu erreichen.

Abonnieren Sie unseren Newsletter! Täglich gut recherchierte News aus den Bereichen Natur, Umwelt, Ökologie, Reisen, Medizin, Wissenschaft u.v.m. ots Originaltext: natur+kosmos

Pressekontakt: Dr. Inge Pröll, Redaktion natur+kosmos, E-mail: [Inge@natur.de](mailto:Inge@natur.de)

27.07.2004

**Tabak-Verkäufe in Frankreich um ein Fünftel gesunken**

PARIS. Nach dem starken Anstieg der Zigarettenpreise sind die Verkäufe von Tabakprodukten in Frankreich deutlich zurückgegangen: Wie der Branchendienst CDIT am Dienstag mitteilte, wurden während des ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17043>

Anmerkung Scherrmann: Ich weiss, ich wiederhole mich: Aber, dass hier in Deutschland immer noch allüberall Zigarettenautomaten haengen (im Umkreis von 200 Meter meiner Wohnung allein 3 Stueck) und somit auch Kinder und Jugendliche freien Zugang zu Zigaretten habe, ist fuer mich voellig unversaendlich und unverantwortlich. Ich denke, es waere wiklich an der Zeit, dass auch die Aerzteorganisationen und die Gesetzlichen Krankenkassen dagegen protestieren und sich intensiv fuer eine Abschaffung der Automaten und eine massive Verteuerung von Tabakprodukten einsetzen.

**Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz nimmt zu - unternommen wird wenig**

DÜSSELDORF. Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz nehmen zu. Vor allem psychische

Belastungen wie Terminhetze, Arbeitsintensität und Verantwortungsdruck in den Betrieben sind in den letzten fünf ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17045>  
22.07.2004

#### **WHO: Europäer sterben unnötig qualvoll**

Genf/Kopenhagen (dpa) - Viele Menschen in Europa sterben nach Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unnötig qualvoll. Sie litten unter vermeidbaren Schmerzen und Qualen, weil die Gesundheitssysteme nicht über ausreichende Methoden und...  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=7&d=23&id=113449>

#### **Bundeszentrale beklagt dramatische Zunahme von Rauschtrinken**

BERLIN. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung schlägt Alarm, weil Jugendliche sich immer häufiger bis zur Besinnungslosigkeit betrinken. Zwischen 1998 und 2003 sei der Alkoholkonsum bei ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17013>  
15.07.2004

**Tretlin: Weg zur Partikelreduktion ist frei.** Jahresbericht des Umweltbundesamt liegt vor <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040714039>

Anmerkung Scherrmann: Da bin ich mal neugierig.

#### **Golfkriegsveteranen mit Fruchtbarkeitsproblemen**

Studie weist Golfkriegssyndrom nach. <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040715032>  
12. 07. 2004

**Studie zweifelt Existenz von Golfkriegs-Syndrom an.** Bekannte Symptome werden nur häufiger gemeldet. <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040713008>

**Oeko-Test: Vorsicht bei Scoudibous!** Scoudibous sind der letzte Schrei in deutschen Kinderzimmern. Die langen, bunten Kunststoffbaender, aus denen man beispielsweise Schlüsselanhaenger basteln kann, sind jedoch hoch belastet und langfristig gesundheitsgefahrdend.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=318218,3510,/medizin/kinderkrankheiten>

10. 07. 2004

#### **Krankheitskosten größer als Steueraufkommen**

Im Jahr 2002 waren die Krankheitskosten in Deutschland mit 223,6 Milliarden Euro größer als die Steuereinnahmen des Bundes, die rund 192 Milliarden Euro betragen. Das gab das Statistische Bundesamt bekannt. <http://www.aerztlichepraxis.de>  
08.07.2004

**Prävention: Frauen sind klüger** Beispiel Rauchstopp: Frauen lassen sich viel mehr als Männer durch Signale ihres Körpers und die Sorge um ihre Gesundheit dazu motivieren, eingefahrenem Risikoverhalten abzuschwören. <http://www.aerztlichepraxis.de>

**Hormon gegen Fettleibigkeit umstritten** Ein Wirkstoff gegen Fettleibigkeit, der bei seiner Entdeckung vor zwei Jahren als Durchbruch gefeiert worden war, muss neu bewertet werden.

<http://www.aerztlichepraxis.de/>

07.07.04

**Alzheimer-Krankheit: Cholinesterase-Hemmer wenig wirksam** LONDON. Ein britisches Forscherteam kommt zu dem Schluss, dass die am häufigsten verwendeten Medikamente zur Behandlung der Alzheimer-Krankheit nur minimale Effekte zeigen und dringend alternative ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16836>

05.07.2004

#### **Britische Ärzte fordern Rauchverbot am Arbeitsplatz**

Politiker zögern Entscheidung hinaus <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040705015>

4. 07. 2004

#### **Drogenbeauftragte für Rauchverbot an allen Schulen**

BERLIN. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk (SPD), begrüßt die Initiative Niedersachsens zum Rauchverbot an Schulen und fordert andere Bundesländer zur Nachahmung auf. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16819>

und/oder

**"Rauchfreie Schulen": verbote nur in wenigen (deutschen) Laendern.** Jugendliche greifen immer häufiger zur Zigarette - und immer früher. Viele Eltern und Politiker wünschen sich «rauchfreie Schulen», ein generelles Rauchverbot für Lehrer und Schüler ist in den meisten Bundesländern aber nicht .. <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=7&d=3&id=112984>

02.07.2004

#### **Gendefekt und Passivrauchen erhoehen Asthmarisiko**

Gefährdung erhöht sich um das Fünffache <http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=040701015>  
und/oder

**Gendefekt macht Kinder bei Passivrauchen anfälliger für Asthma**

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16795>

Anmerkung Scherrmann: Die Frage ist doch vor allem, wie Rauchen und Passivrauchen Gendefekte **verursachen**. Die Ursachenforschung ist fast immer zu einseitig und kurzsichtig. Es wird i.a. kaum untersucht, was einen Gendefekt verursacht hat, sondern wie ein Gendefekt behoben werden kann. Die medizinische Forschung ist hauptsaechlich interessiert an Reperatur, nicht an Praevention.

**Flughafen Bremen: Nagellack loest Grossalarm aus.**

Der Bremer Flughafen ist heute teilweise evakuiert worden. Weil Passagiere eines Flugzeuges aus Amsterdam über Übelkeit klagten, suchten Feuerwehr und Polizei mit Atemschutz nach der Ursache - und fanden eine ausgelaufene Flasche Nagellack <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,druck-307077,00.html>

**Hohe Radonkonzentration beguenstigt Lungenkrebs**

Radioaktives Edelgas dringt in Wohnhäuser ein <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040701020>  
01.07.04

**Greenpeace-Test: Immer mehr Pestizide in Paprika / Besonders Ware aus der Türkei und Spanien ist stark belastet / Kontrollmaßnahmen versagen** <http://www.presseportal.de/>

**Nahrungsergaenzung: Pillen nicht immer unbedenklich** Hannover (dpa) -

Nahrungsergänzungsmittel sollten nicht ohne Bedenken eingenommen werden. So kann nach Angaben der Verbraucherzentrale Niedersachsen (VZN) in Hannover eine Selbstmedikation auch mit scheinbar harmlosen Wirksubstanzen je nach...<http://www.netdokter.de/>

**Obst und Gemuese: Waschen hilft gegen Pestizide.** Berlin (dpa) -Rueckstaende von Pestiziden auf Gemuese und Obst lassen sich durch gruendliches Waschen erheblich verringern. Darauf wies das Bundesinstitut fuer Risikobewertung (BfR) mit Sitz in Berlin hin. <http://www.netdokter.de/>

Anmerkung Scherrmann: Ich kann es nicht glauben, dass nach gruendlichem Waschen die Pestizide "erheblich verringert" sind. Ich denke, das ist Augenwischerei. Leider ist bei solchen und aehnlichen Aussagen kein Verlass auf das BfR. Das ist zumindest meine Erfahrung (durch Lesen der Veroeffentlichungen des BfR, verschiedene Briefwechsel mit verschiedenen Abteilungen) seit nunmehr 10 Jahren. Hierzu passt auch die folgende Mitteilung.

30.06.04

**PCB im Fruehstuecksei:** Staatlich kontrollierte Giftmischerei Seit den Lebensmittelkandalen mueht sich die Politik, fuer mehr Kontrolle zu sorgen. Doch die Behoerden agieren noch immer chaotisch. Trotz zu hoher PCB-Werte wurden mehr als 1200 Tonnen Huehnernahrung verfuettet. Statt die Giftquelle zu ermitteln, spielen die Kontrolleure den Fall herunter.

<http://www.med1.de/News/Ernaehrung/> <http://www.med1.de/News/Politik/>

29.06.04

**Dem Reis wird es zu heiss. Die Ertraege auf den Reisfeldern sinken um zehn Prozent fuer jedes Grad, um das sich das Klima erwaermt.** Das hat ein internationales Forscherteam auf den Philippinen bei der Analyse der Klimadaten aus 25 Jahren und der Ertraege von 12 Jahren Reisanbau entdeckt. <http://www.med1.de/News/Umwelt/>

<http://www.med1.de/News/Gesellschaft/> <http://www.med1.de/News/Ernaehrung/>

23.06.04

**Östrogene erhöhen Demenzrisiko - Abfall der geistigen Leistungsfähigkeit** WASHINGTON. Ein weiteres Mal kehrt die Women's Health Initiative (WHI), dieses Mal in Form der Women's Health Initiative Memory Study (WHIMS), langjährige Ansichten über den Nutzen der "Hormonersatztherapieü in ihr Gegenteil. Die neue Auswertung im amerikanischen Ärzteblatt zeigt, dass die Gabe von Östrogenen nach der Menopause das Risiko von Demenzen, wenn auch nur leicht, erhöht.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/newsdruck.asp?id=16715>

08.06.04

**Menschen in London sterben "bis zu 10 Jahre" frueher** In London lebt es sich gefaehrlich. Durch die chronische Luft- verschmutzung in der britischen Hauptstadt verkuerzt sich die Lebenserwartung der Bewohner erheblich. <http://www.med1.de/News/Umwelt/>

04.06.04

**Deutsche Jugendliche rauchen wie die Schlote. Deutsche Jugendliche sind Europameister im Rauchen und liegen auch beim Alkoholkonsum im vorderen Viertel.** Das geht aus einer Studie hervor, fuer die mehr als 160.000 Jugendliche aus 35 europaeischen Laendern, den USA und Kanada befragt wurden. <http://www.med1.de/News/Gesellschaft/>

<http://www.med1.de/News/Sucht.und.Drogen/> (siehe auch weiter oben)

26.05.04

**Klimawandel: Dramatische Eisschmelze in der Arktis** Das Eis der Arktis schmilzt in atemberaubendem Tempo. Einige Teile Alaskas haben sich in den vergangenen Jahren zehnmals schneller aufgeheizt als der Rest der Erde. Forscher sehen darin die Vorboten einer gigantischen Klimakatastrophe und fordern jetzt umgehend "aggressive Reaktionen".

<http://www.med1.de/News/Umwelt/>



**Lebensmittelzusätze fördern Hyperaktivität?** Machen Zusatzstoffe in Nahrungsmitteln wie Lebensmittelfarben und Konservierungsstoffe Kleinkinder aktiver und aggressiver? In Tests mit 277 Kindern bemerkten zumindest die Eltern ein deutlich ruhigeres Verhalten, wenn ihre Kinder Nahrung und Getränke ohne solche Zusatzstoffe zu sich nahmen. <http://www.med1.de/News/Ernaehrung/> <http://www.med1.de/News/Therapien/>  
12.05.04

**Deutschland: Alkoholmissbrauch dramatisch angestiegen** 10.000 Jugendliche werden pro Jahr wegen Alkoholmissbrauch im Krankenhaus behandelt. Nach einer Studie ist **uebermaessiges Trinken mittlerweile die zweithaeufigste Ursache fuer eine Krankenhaus-Einweisung von Maennern.** <http://www.med1.de/News/Sucht.und.Drogen/> <http://www.med1.de/News/Politik/>  
**Studie: US-Soldaten haben nach Irak-Einsatz psychische Probleme** WASHINGTON. Viele USSoldaten leiden nach ihrer Rückkehr aus dem Irak oder Afghanistan unter psychischen Problemen. Das Risiko von Depressionen, Angstzuständen und post-traumatischem Stress sei bei ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=16798>

=====

### **NAHRUNG - GENMODIFIZIERT**

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 16. Juli 2004: **Das Fraunhofer-Institut will Medikamente auf dem Acker herstellen.** Mittels genmanipulierter Maispflanzen sollen Impfstoffe und Medizin gegen Aids, Tollwut, Diabetes und Tuberkulose hergestellt werden. Eine Verunreinigung von Nahrungsmitteln ist unvermeidbar. Damit drohen neue Lebensmittelkandale wie z.B. mit Tollwut-Impfstoff verunreinigte Corn Flakes. Lesen Sie weiter unter:

<http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/f-20040716.htm>

\*\*\*

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren, 25. Juli 2004

### **Demonstranten ernten Genkartoffeln ab**

"Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Bayer" war auf dem Transparent am Acker zu lesen. Etwa 30 Personen beteiligten sich am 24. Juli an einer Aktion gegen das Bayer Versuchsfeld in Berge (Prignitz). Aufgerufen hatte das *Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik* und die *BUNDjugend Brandenburg*. Zielsetzung der Aktion war, auf das Versuchsfeld in Berge hinzuweisen. Nachdem in Lentzke der Genversuch eingestellt wurde, befindet sich in Berge das letzte Versuchsfeld von Bayer in Brandenburg.

Nach einem gentechnikfreien, biologisch angebauten Picknick zogen die Teilnehmer in Schutzanzüge zu dem Versuchsfeld. Es stiegen gelbe Luftballons mit dem Zeichen für biologische Gefahren in die Luft. "Stellen Sie sich vor, die Luftballons wären Pollen. Hiermit spielen wir auf die absurde Diskussion um Koexistenz an. Wir wollen zeigen, dass Lebendiges sich nicht an Grenzen der Flurstücke hält", so Thomas Janoschka vom *Barnimer Bündnis gegen Gentechnik*.

Einigen Demonstranten gelang es trotz Polizeischutz und Absperrungen direkt an das Feld zu gelangen und dort einige Pflanzen abzuernten. Unter dem Applaus der anderen Demonstrationsteilnehmer hielten diese die Kartoffelpflanzen in die Luft. Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung wurden angekündigt.

Neben mehreren Verantwortlichen für das Feld und die Versuche war auch der örtliche Landtagsabgeordneter Robert Gemmel (SPD) anwesend. Obwohl dieser im dafür zuständigen Agrarausschuss des Landtages sitzt, war er bisher noch nicht über die Existenz des Feldes informiert worden. Erste Informationen erhielt er aus der Ankündigung für die heutigen Aktionen in der Presse. Das zeigt wieder einmal wie sehr die Gentechnikfirmen die Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen scheuen.

Auf dem Feld in Berge werden Kartoffeln mit einem veränderten Stärkegehalt angebaut. Die Kartoffel enthält ausserdem ein Gen, das Resistenz gegen das Bayer Herbizid Glufosinat verleiht. Dies bedeutet, dass im Fall eines großflächigen Anbaus der Kartoffel, die Bauern an Bayer Patentgebühren zahlen müssten. Die Landwirte könnten auch nicht einfach wieder zum normalen Kartoffelanbau zurückkehren, da einzelne Knollen der Kartoffel immer im Boden zurück bleiben. Bei Auskreuzungen, z.B. mit dem weitverbreiteten Unkraut "Schwarzer Nachtschatten" wäre auch dieses gegen das Herbizid resistent. Betreiber des Versuchs ist die Firma Solavista, eine Kooperation des Chemiekonzerns Bayer und der Stärkefirma Avebe. Avebe stellt auf dem internationalen Markt Kartoffelstärke her und betreibt in 5 km Entfernung in Dallmin eine Stärkefabrik.

Die Gruppen kündigte weitere Aktionen gegen das Versuchsfeld an.

Quelle: *Freie Heide*

Bilder: [www.bundjugend-brandenburg.de](http://www.bundjugend-brandenburg.de) Hintergründe: [www.gengruppe.de/dosto](http://www.gengruppe.de/dosto) Coordination gegen BAYER-Gefahren, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com), [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)

\*\*\*

12.07.04

## **Zum Teufel mit der Verbraucher-Täuschung / Ministerpräsident soll Falsch-Kennzeichnung von Gen-Soja unterbinden**

Stuttgart (ots) - Greenpeace-Aktivisten protestieren heute vormittag in Stuttgart vor dem Staatsministerium Baden-Württembergs gegen die Falsch-Kennzeichnung von gentechnikfreiem Tierfutter durch die Ölmühle in Mannheim. Die Bunge Deutschland GmbH, die Betreiberin der als gentechnikfrei zertifizierten Ölmühle, kennzeichnet unter Billigung der Kontrollbehörden den Großteil ihres gentechnikfreien Soja-Schrots als genmanipuliert. Damit wird die gentechnikfreie Ware am Markt künstlich verknappt und verteuert. Greenpeace fordert von den Behörden, für eine richtige Kennzeichnung der gentechnikfreien Ware zu sorgen. Zudem müssen alle Bundesländer prüfen, welche Firmen falsch kennzeichnen.

Die 15 Umweltschützer stapeln die Säcke mit Soja-Schrot der Ölmühle vor dem Staatsministerium. Auf einem Transparent steht "Stoppt Verbraucher-Täuschung". Laut Lieferschein ist das mitgebrachte Soja-Schrot genmanipuliert. Aktuelle Labortests des Soja-Schrots belegen jedoch, dass das Tierfutter gentechnikfrei ist. Das trifft auch auf zwölf Proben zu, die Greenpeace vergangenen Freitag vor der Ölmühle von Lkw-Ladungen genommen hat.

"Ministerpräsident Erwin Teufel darf diese Verbraucher-Täuschung nicht durchgehen lassen", sagt Carmen Ulmen, Gentechniksprecherin von Greenpeace. "Die Futtermittelindustrie unterläuft die Kennzeichnungs-Gesetze. Damit gibt es für Landwirte und Verbraucher keine Transparenz und keine Wahlfreiheit. Diese Strategie darf aber nicht aufgehen. Landwirte müssen erfahren, was sie an ihre Tiere verfüttern. Verbraucher wollen wissen, ob bei der Herstellung von Milch, Eiern und Fleisch Gentechnik im Spiel war."

Das für die Kontrolle der Ölmühle zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe bestätigte gegenüber Greenpeace telefonisch, dass Bunge tatsächlich gentechnikfreie Ware als genmanipuliert verkaufe. Die Überwachungsbehörde in Stuttgart erklärte, dass neben Bunge weitere Unternehmen falsch deklarierten. Nach Stichproben von Greenpeace kennzeichnet auch die Futtermittel-Firma Hemo (Heilbronn) ihr Futterschrot fälschlich als genmanipuliert. Bisher haben die Behörden nicht eingegriffen. Die Behörde in Karlsruhe hat allerdings gegenüber Greenpeace angekündigt, die Lage rechtlich zu überprüfen.

Den Fall Bunge hat Greenpeace umfassend dokumentiert. Die Umweltschützer fanden aber auch in Stichproben der Firma Deuka (Worms/Rheinland-Pfalz) und der Raiffeisen-Warenzentrale (Wiesbaden/Hessen) falsch deklarierte Ware.

Bunge kauft seit April 2004 ausschließlich gentechnikfreie Soja aus Nordbrasilien und garantiert allen Lebensmittelherstellern gentechnikfreies Speiseöl. Die gleiche Garantie kann Bunge auch der Futtermittelindustrie geben. Denn Speiseöl und Futterschrot stammen aus den selben Bohnen. Nur etwa ein Fünftel des gentechnikfreien Soja-Schrots verkauft der Konzern auch als gentechnikfrei weiter - und verlangt für diese Ware einen Aufpreis von knapp zwei Prozent.

Rückfragen bitte an Carmen Ulmen, Tel.: 0171-8780 840, oder Pressesprecherin Simone Miller, Tel.: 0171-8706 647.

Hintergrundinfos sowie Lieferscheine und Laborergebnisse sind per Fax erhältlich. Fotos der Aktion erhalten Sie unter 040-30618-377.

Internet: [www.greenpeace.de/gentechnik](http://www.greenpeace.de/gentechnik).

### **RECHT**

Neues in V/SB-INFO vom 06.07.2004 - Ein Service von V/SB-INFO (<http://www.uwendler.de/vsb/>) und anhaltspunkte.de (<http://www.anhaltspunkte.de>) -Neu eingestellt wurden:

LSG NRW, Beschlüsse vom 08. und 30.06.2004: **Die Kosten für ein nach § 109 SGG eingeholtes Gutachten** sind nur auf die "Staatskasse" zu übernehmen, wenn das Gutachten die Aufklärung des entscheidungserheblichen Sachverhaltes gefördert hat. Das ist nicht der Fall, wenn die Beweisfragen nicht unter Beachtung der Vorgaben der Beweisanordnung - hier Berücksichtigung der Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit - behandelt werden. Beschluss vom 08.06.2004 - L 7 B 8/04 SB  
Beschluss vom 30.06.2004 - L 7 B 1/04 VG

LSG NRW, Beschluss vom 16.06.2004 - L 7 B 12/04 SB: In Verfahren nach dem SGB IX gilt für die **Kostenentscheidung**: Wir die Schwerbehinderteneigenschaft begehrt, in dem Rechtsstreit jedoch "lediglich" eine Erhöhung des GdB von 30 auf 40 erreicht, so besteht in der Regel ein Kostenerstattungsanspruch in Höhe von 1/3 der erstattungsfähigen außergerichtlichen Kosten.  
LSG NRW, Urteil vom 18.05.2004 - L 6 SB 137/03: **Eine erhebliche Übergewichtigkeit**, die zu einer erheblichen mechanischen Behinderung bei körperlicher Arbeit und zu einer bei körperlicher Belastung auftretenden Luftnot führt und die auch einen mangelhaften Trainingszustand verursacht, führt zwar auch zu einer erheblichen Behinderung bei der Gehfähigkeit. Eine erhebliche Gehbehinderung i.S.d. der §§ 145 ff SGB IX ist aber dennoch nicht festzustellen; eine Adipositas allein bedingt nämlich keinen GdB und ist damit in der Regel nicht als Behinderung im Sinne des Schwerbehindertenrechts anzusehen. Vielmehr handelt es sich bei der Übergewichtigkeit und dem

mangelnden Trainingszustand gerade um solche Faktoren, die für die Beurteilung einer behinderungsbedingten Einschränkung der Gehfähigkeit im Sinne der Anhaltspunkte außer Betracht zu bleiben haben.

LSG NRW, Urteil vom 22.04.2004 - L 7 SB 60/03: **Grundsätzlich besteht ein Anspruch auf Herausgabe der Niederschriften des ärztlichen Sachverständigenbeirates beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung** (nunmehr: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung). Innerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens nach dem SGB IX kann nämlich der betroffene Antragsteller Auskunft über die der Entscheidung und ihrer rechtlichen Würdigung zugrunde liegenden schriftlich fixierten Empfehlungen des Sachverständigenbeirates zur Auslegung, Konkretisierung und Anwendung der AP 1996 beanspruchen; die Waffengleichheit im Verfahren ist zu gewährleisten. Nach dem Prinzip von Treu und Glauben muss die Behörde den Beteiligten eines Verwaltungsverfahrens auf Anfrage die zur Rechtsverfolgung nötigen und anders nicht erreichbaren Auskünfte erteilen.

BSG, Beschluss vom 31.03.2004 - B 4 RA 126/03 BSG: Für die **Entscheidung über die Aufhebung oder Verlegung eines Senatstermins** ist allein der Vorsitzende - nicht aber der Berichterstatter - zuständig. Kündigt ein Beteiligter seine Teilnahme an einem Termin zur mündlichen Verhandlung an, so ist die mündliche Verhandlung erst zu eröffnen, wenn der Beteiligte erschienen oder nach Ablauf einer Wartefrist von 15 Minuten davon auszugehen ist, dass trotz der prozessualen Fürsorgepflicht des Gerichts wegen der legitimen Interessen der anderen Verfahrensbeteiligten und des Gerichts an einer zeitgerechten und zügigen Durchführung des Sitzungstages ein weiteres Warten nicht mehr vertretbar ist. Ist dem Gericht jedoch zudem bekannt, dass der Beteiligte unter besonderen Schwierigkeiten versucht, den Termin wahrzunehmen, darf die Wartezeit 30 Minuten nicht unterschreiten. Es muss nämlich sichergestellt werden, dass jedermann "vor Gericht" rechtliches Gehör erhält, wenn er es erkennbar in Anspruch nehmen will.

LSG NRW, Urteil vom 30.03.2004 - L 6 V 20/03: **Kriegsopfer**, die aus derselben Ursache einen Anspruch auf Versorgung gegen einen anderen Staat besitzen, haben keinen Versorgungsanspruch nach dem Bundesversorgungsgesetz (§ 7 Abs. 2 BVG); eine Doppelversorgung aus öffentlichen Mitteln ist ausgeschlossen. Unerheblich ist, ob der Versorgungsanspruch gegen den anderen Staat nach Art und Höhe den Leistungen des BVG entspricht. Dies gilt auch hinsichtlich in Polen lebender Kriegsopfer. Unerheblich ist, dass der Beklagte dem entgegen in seiner Verwaltungspraxis polnische ZiW-Renten nicht als Renten i.S.d. § 7 Abs. 2 BVG ansieht und Teilversorgung leistet.

\*\*\*

Vom UMWELTonline-Team:

Am 14.07.2004 wurde das **Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz** verkündet und ist am 15.07.2004 in Kraft getreten. Zweck dieses Gesetzes ist es, die Grundlagen für den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen in einem gemeinschaftsweiten Emissionshandelssystem zu schaffen.

Im Bundes-Immissionsschutzgesetz wurden die Pflichten der Betreiber genehmigungsbedürftiger Anlagen (§ 5) entsprechend erweitert. Im Zuge des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) vom 24.06.2004 wurden das Baugesetzbuch, das Raumordnungsgesetz, das UVP-Gesetz sowie das Bundesnaturschutzgesetz geändert. Die 28. BImSchV vom 20.04.2004 wurde berichtigt.

**Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz - GenTG)**

<http://www.umweltdigital.de/daten/aktuell/bund/c4371000.html>

**Technische Regeln für Gefahrstoffe; TRGS 512; Begasungen**; Ausgabe: Mai 2002

<http://www.umweltdigital.de/daten/aktuell/bund/c7032000.html>

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION vom 29. April 2004 über einen Leitfaden für eine vorläufige Referenzmethode für die Probenahme und Messung der PM<sub>2,5</sub>-Konzentration (2004/470/EG)**

<http://www.umweltdigital.de/daten/aktuell/bund/e4285.html>

=====

## **TIERE**

22.07.04 **ASMS OceanCare: Lärm als ernste Gefahr für Wale identifiziert**

Sorrento (ots) - Der im vergangenen Jahr im Rahmen der Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) eingerichtete Erhaltungsausschuss ("Berlin Initiative"), wurde am letzten Tag der IWC-Tagung in seiner Funktion gestärkt.

Die internationalen Walschutzorganisationen ASMS OceanCare und WDCS begrüßen, dass er sich nicht dem Druck der Walfangstaaten gebeugt hat und vor allem auch die Kooperation mit anderen internationalen Umweltabkommen, wie z.B. der Bonner Konvention, nun sucht. Nicolas Entrup, Sprecher der Walschutzorganisation WDCS, sagt: "Dieser Entscheid könnte die IWC auf den Weg hin zu einer modernen Konvention führen und wäre ein längst fälliger Schritt".

Zahlreiche Bedrohungen - insbesondere die globale Bedrohung von Walen und Delfinen durch Lärm - gefährden das Überleben und den Bestand zahlreicher Arten und Populationen. "Der Bericht des Wissenschaftsausschusses empfiehlt ausdrücklich, dass sich der Erhaltungsausschuss mit diesen

Bedrohungen beschäftigt. Eine Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs wäre in Anbetracht der kritischen Situation für Meeressäuger unverantwortlich", bemerkt Sigrid Lüber, Präsidentin von ASMS Ocean Care.

Der künstliche Lärm unter Wasser stammt von unterschiedlichen Quellen: Schiffsmotoren, seismischen Tests, akustischen Scheuchvorrichtungen und vor allem militärischen Aktivitäten. Die US-Marine selbst gesteht in einer Studie über Strandungen auf den Bahamas vom März 2000 ein: "Unsere taktischen mittelfrequenten Sonare, die im Einsatz waren, sind die wahrscheinlichste Ursache für die Verletzungen der Wale, die zu den Strandungen geführt haben." Es ist zu befürchten, dass die "Dunkelziffer" durch Lärm getöteter Wale um einiges höher ist.  
Kontakt: ASMS OceanCare, Sigrid Lüber, Internet: [www.oceancare.org](http://www.oceancare.org)  
WDCS, Nicolas Entrup, URL steht nicht mehr zur Verfügung.

---

## TV

KONTRASTE (ARD), Sendung vom 08.07.2004 **Gift aus dem Schlauch - wie Weichmacher in Infusionsschläuchen Neugeborene gefährden** Schläuche in der Medizintechnik bestehen oft aus PVC, das giftige Weichmacher enthält. Diese Stoffe gehen in kleinen Mengen auch auf die Flüssigkeiten und Gase über, die durch die Schläuche geleitet werden. Vor allem männliche Neugeborene oder Jugendliche in der Pubertät, die über solche Schläuche versorgt werden, sind gefährdet. Das Gift kann die Fortpflanzungsfähigkeit einschränken oder Krebs verursachen. Obwohl die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA in den USA auf diese Gefahren hingewiesen hat, ignorieren viele deutsche Kliniken dieses Problem. URL steht nicht mehr zur Verfügung

---

## UMWELTVERBAENDE

21.07.04 - Vom NABU

### **Imker und Umweltverbände fordern Verbot des Pestizids Gaucho**

Bonn/Berlin (ots) - Imker- und Umweltverbände haben ein einstweiliges Verbot des Pestizids Gaucho sowie weiterer Mittel mit dem Wirkstoff Imidacloprid in Deutschland gefordert. Der Wirkstoff stehe in dringendem Verdacht, verantwortlich für das Bienensterben in weiten Teilen Europas zu sein. Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund, der Naturschutzbund NABU und die Coordination gegen BAYER-Gefahren haben Bundesverbraucherministerin Künast dazu aufgerufen, dem Pestizid bis zur Klärung aller aktuellen Erkenntnisse die Zulassung zu entziehen.

"Künast muss dem Beispiel der französischen Regierung folgen und alle Pestizide, die eine Gefahr für Bienen darstellen, vom Markt nehmen", sagte Manfred Hederer, Präsident des Deutschen Berufsimkerbundes. Das von der französischen Regierung beauftragte "Comité Scientifique et Technique" hatte kürzlich festgestellt, dass die Saatgutbehandlung mit Gaucho ein signifikantes Risiko für Bienen darstelle. "Im Sinne eines vorsorgenden Umwelt- und Verbraucherschutzes muss die Zulassung des Mittels nun auch in Deutschland neu geprüft werden", sagte NABU-Agrarreferent Florian Schöne.

Imidacloprid wird vom Leverkusener Bayer-Konzern hergestellt. In Deutschland wird der Wirkstoff unter den Markennamen Gaucho und Chinook vor allem im Raps-, Zuckerrüben- und Maisanbau eingesetzt. In den vergangenen Jahren starb hierzulande wie in Frankreich fast die Hälfte aller Bienenvölker. Auch die Bestände an Wildbienen und weiteren Insektenarten hätten in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Bestandseinbußen erlitten.

Laut Bayer habe eine Studie der französischen Lebensmittelbehörde AFSSA die Vorwürfe gegen Gaucho kürzlich entkräftet. Diese Behauptung wurde von einem AFFSA-Sprecher zurückgewiesen. "Imidacloprid gehört mit einem Umsatz von mehr als einer halben Milliarde Euro jährlich zu den wichtigsten Bayer-Produkten. Deshalb wehrt sich das Unternehmen trotz der gravierenden Umweltschäden mit Zähnen und Klauen gegen Anwendungsverbote", so Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Im Internet zu finden unter [www.NABU.de](http://www.NABU.de)

Pressekontakt:

Für Rückfragen: Manfred Hederer, 08806-922320, [Manfred.Hederer@berufsimker.de](mailto:Manfred.Hederer@berufsimker.de) Florian Schöne, 030-284984-26, [Florian.Schoene@nabu.de](mailto:Florian.Schoene@nabu.de) Philipp Mimkes, 0211-333 911, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com), [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)

---

## POLITIK - BEHOERDEN

---

### **Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung**

**Neu im Netz: Potenziale und Ansätze der Prävention - aktuelle Entwicklungen in Deutschland**

<http://www.bmggesundheit.de>

Anmerkung Scherrmann: Besonders interessant ist fuer mich, was **nicht** aufgefuehrt wird.

=====

## **Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

### **Gehörschäden vermeiden: earaction**

Müller: Musik macht Laune, aber Schwerhörigkeit macht einsam **Fast jeder vierte Jugendliche in Bayern ist bereits irreversibel**

**hörgeschädigt.** Nur noch 40 Prozent der jungen Menschen haben ein unbeeinflusstes Hörvermögen. Dies betonte Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller heute in München anlässlich der Vorstellung des Projektes earaction, das junge Menschen über die Gefahren von zu großem Lärm aufklären und sie zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem eigenen Hörvermögen motivieren will. Müller: "Wir wollen niemandem Discobesuche oder Konzerte vermiesen. Viele junge Leute sind sich jedoch nicht im Klaren, dass übergroße Lautstärke nicht den 'ultimativen Kick' bringt, sondern unwiederbringlich das Gehör kaputt macht. Schwerhörigkeit macht einsam und zerstört gerade die Lebensfreude, die man beim Feiern sucht. Mit earaction wollen wir junge Menschen deshalb gezielt über die Gefahren von Lärm aufklären."

Das Projekt earaction, das von der Fachhochschule München (Fachbereich Wirtschaftsingenieurwesen, Prof. Dr. Bernhard Kurz) entwickelt und aus Mitteln der Gesundheitsinitiative "Bayern aktiv" gefoerdert.

<http://www.bayernaktiv.de/de/left/projekte/qualitaet/earaction.htm>

Anmerkung Scherrmann: Fast 30 Jahre lang habe ich in meiner beruflichen Taetigkeit im Unterricht und bei LehrerInnenfortbildungsveranstaltungen versucht, ueber dieses Problem aufzuklaeren, die Vorgaenge und Hintergruende zu analysieren, und vor allem zu motivieren, mit dem Gehoer sorgsamer umzugehen. Ein weniger sorgloser Umgang mit dem eigenen Gehoer setzte i. a. erst ein, wenn einige SchuelerInnen der Schule in verschiedenen Klassen Hoertests durchfuehrten und dann ihre Ergebnisse in den Klassen vorstellten und mit den aelteren oder juengeren SchuelerInnen diskutierten. Wie in vielen anderen Bereichen auch, sind die SchuelerInnen vor der Pupertaet viel empfaenglicher fuer diese Informationen. Deshalb sollte meines Erachtens fruehzeitig mit der Aufklaerung begonnen werden.

=====

## **BUNDESTAG**

Berlin: Di, 27.07.2004 Finanzen/Antwort **KEROSINSTEUER-PRIVILEG DER GWERBLICHEN LUFTFAHRT KOSTET 373 MILLIONEN EURO** Berlin: (hib/VOM) Die Mindereinnahmen, die sich aus der Mineralölsteuerbefreiung für den innerdeutschen Flugverkehr ergeben, haben im vergangenen Jahr rund 373 Millionen Euro betragen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (15/3622) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/3525) hervor.

Angaben zu den möglichen Mehreinnahmen bei Einführung einer Kerosinbesteuerung innerdeutscher Flüge könnten jedoch nicht gemacht werden, weil der Bundesregierung derzeit kein Konzept vorliege, wie eine Kerosinsteuer für Inlandsflüge im Einzelnen auszugestalten wäre. Nach Kenntnis der Regierung hat derzeit noch kein Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) eine Kerosinbesteuerung auf Inlandsflüge eingeführt. Sollte eine Kerosinsteuer nur auf innerdeutsche Flüge angewendet werden, wären handelspolitische Auseinandersetzungen nach Auffassung der Regierung nicht zu erwarten. Bei einer Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde sich der kraftstoffbezogene Kostennachteil der Schiene gegenüber dem Luftverkehr verringern, sodass von einer Stärkung der Wettbewerbsposition der Schiene ausgegangen werden könnte. Die Tatsache, dass die Verkehrsträger Straße und Schiene Kraftstoffe und Strom verwenden, die der Energiesteuer unterliegen, während Kerosin in der gewerblichen Luftfahrt von der Mineralölsteuer befreit sei, stellt nach Regierungsangaben einen Kostennachteil für die erstgenannten Verkehrsträger dar. Auf EUEbene

habe Deutschland erreicht, dass die Europäische Kommission die Steuerbefreiung für den Flugverkehr überprüfen will. Ein entsprechender Richtlinienvorschlag sei für 2005 angekündigt. Vor diesem Hintergrund werde sich die Regierung wie bisher dafür einsetzen, die Steuerbefreiung aufzuheben. Konkrete Zeitpläne gebe es allerdings nicht.

\*\*\*

## **Finanzen/Antwort BESTEUERUNG SCHWERER GELÄNDEWAGEN ALS PKW BRÄCHTE 37**

**MILLIONEN EURO MEHR**Berlin: (hib/VOM) Die Besteuerung von rund 212.000 schweren Geländewagen mit einem jeweiligen Gesamtgewicht von mehr als 2,8 Tonnen nach Hubraum wie bei Pkw und nicht nach Gewicht wie bei Nutzfahrzeugen brächte Steuermehreinnahmen von rund 37 Millionen Euro. Die berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/3618) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/3528). Dies würde rund einem halben Prozent der Gesamteinnahmen der Länder aus der Kraftfahrzeugsteuer (2003: 7,3 Milliarden Euro) entsprechen. Die Bundesregierung hat eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung bereits auf den Weg gebracht, wie es in der Antwort weiter heißt. Die Änderungsverordnung solle dem Bundesrat noch in diesem Jahr mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet werden. Da die Kraftfahrzeugsteuer

ausschließlich den Ländern zufließen und von ihnen verwaltet werden, sei es in erster Linie Sache der Länder, "weitergehende kraftfahrzeugsteuerliche Folgerungen zu ziehen".

\*\*\*

Berlin: Mi, 21.07.2004 Umwelt/Antwort **REGIERUNG FÜR SCHÄRFERE ABGASGRENZWERTE VON DIESELFAHRZEUGEN** Berlin: (hib/RAB) Die Bundesregierung will sich dafür einsetzen, dass die EU-Richtlinie für Dieselabgase verschärft wird. Damit könnten die Partikelemissionen und die ozonbildenden Stoffe von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen gemindert werden, heißt es in der Antwort (15/3604) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/3379). Die Regierung unterstütze den Vorschlag der Kommission, eine Grenzwertstufe Euro 5 festzulegen, die ab dem Jahre 2010 gültig sein soll. Die Exekutive setzt sich nach eigenen Angaben in Brüssel dafür ein, dass noch in diesem Jahr ein entsprechender Richtlinienentwurf der Kommission beraten wird. Weiter schreibt die Regierung, sie halte die Steuerbefreiung für Pkw mit Benzin oder Dieselmotor nach der Euro 4-Norm, die ab 1. Januar nächsten Jahres gültig ist, für sachgerecht. Dies sei sinnvoll, um besondere schadstoffarme Fahrzeuge schneller einzuführen. Daher will die Regierung die Steuerbefreiung auch auf die neue Abgasnorm ausweiten. Laut Antwort hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Pkw mit Dieselmotor etwa verdoppelt. Bei den Neuzulassungen sei inzwischen mehr als jede dritte Pkw mit einem Dieselmotor ausgerüstet. Von den im vergangenen Jahr neu zugelassenen 3,24 Millionen Pkw seien 1,29 Millionen (39,9 Prozent) mit einem Dieselmotor ausgerüstet gewesen. Den Angaben zufolge beträgt der Marktanteil deutscher Hersteller an den im vergangenen Jahr neu zugelassenen Diesel-Pkw 77,1 Prozent.

\*\*\*

Gesundheit und Soziale Sicherung/Antwort **ÄRZTLICHE THERAPIEFREIHEIT GILT AUCH FÜR DISEASE MANAGEMENT PROGRAMME** Berlin: (hib/RAB) Im Rahmen von strukturierten Behandlungsprogrammen, den so genannten Disease Management Programmen (DMP) gilt die ärztliche Therapiefreiheit und die fachliche Verantwortung der gemeinsamen Selbstverwaltung von Krankenkassen und Ärzten. Dies schreibt die Regierung in ihrer Antwort (15/3602) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/3504). Die DMP dienen dazu, den Behandlungsablauf und die Qualität der medizinischen Versorgung chronisch Kranker zu verbessern. Darüber hinaus stehe es den Kassen als Trägern der einzelnen strukturierten Behandlungsprogramme frei, Programminhalte zu vereinbaren, die über die entsprechende Rechtsverordnung hinausgehen. So könnten die Kassen seit der am 1. Januar in Kraft getretenen Gesundheitsreform die Teilnahme ihrer Versicherten an derartigen Behandlungsprogrammen durch Bonuslösungen fördern und dabei sowohl Zuzahlungsermäßigungen als auch Beitragsermäßigungen in Aussicht stellen. Weiter heißt es, die Teilnahme an einem DMP sei freiwillig und könne jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Die Anforderungen an die strukturierten Behandlungsprogramme würden festgelegt, indem die jeweils besten und verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden. Dies schließe die Erkenntnisse internationaler Publikationen mit ein, schreibt die Exekutive.

\*\*\*

Verkehr und Bauwesen/Antwort **KEINE FREISTELLUNG DER OLDTIMER VON DER ABGASUNTERSUCHUNG GEPLANT** Berlin: (hib/BOB) Die Bundesregierung plant keine Änderung der steuerlichen Behandlung von Oldtimerfahrzeugen. Die kraftfahrzeugsteuerliche Belastung dieser Fahrzeuge sei "maßvoll", schreibt die Regierung in ihrer Antwort (15/3603) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/3515). Der Schadstoffausstoß eines Kraftfahrzeugs könne durch emissionsrelevante Fehleinstellungen oder Defekte auch bei geringer jährlicher Fahrleistung erheblich über das erträgliche Maß ansteigen. Deshalb halte es die Bundesregierung für sachgerecht, dass Fahrzeuge, die ein bestimmtes Abgasverhalten aufweisen müssen, auf Dauer, das heißt unabhängig von ihrem Alter, der Abgasuntersuchungspflicht unterliegen, heißt es weiter. Die Regierung plane darüber hinaus - anders von der CDU/CSU-Fraktion behauptet - keine Kraftfahrzeugsteuerreform 2006. Eine Aufhebung des Wochenendfahrverbots für Lastkraftwagen (Lkw) mit Oldtimerkennzeichen sei nicht geplant. Eine derartige Freistellung von Oldtimerfahrzeugen könnte als willkürlich angesehen werden und gleich gelagerte Forderungen anderer Verkehrsteilnehmer nach sich ziehen. Zudem wäre eine generelle Freistellung der Oldtimerverkehre vom Lkw-Fahrverbot ein "falsches politisches Signal" angesichts der Diskussion in der EU über die Beibehaltung, Aufweichung oder sogar Aufhebung bestehender Wochenendfahrverbote für schwere Lkws.

\*\*\*

Innere/Antwort **KOALITION WILL INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ NOCH IN DIESEM JAHR EINBRINGEN** Berlin: (hib/WOL) Die Bundesregierung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr einen Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz einbringen. Dies erklärt sie in ihrer Antwort (15/3585) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/3521). Die Liberalen hatten sich in ihrer Anfrage auf die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bezogen. Danach sollte ein Informationsfreiheitsgesetz eingeführt werden, um die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen. Laut Antwort sollen alle Behörden des Bundes zur Herausgabe oder

Gestattung von Einsichtnahme in Dokumente verpflichtet und grundsätzlich alle amtlichen Informationen erfasst werden. Durch besondere Regelungen will die Bundesregierung dabei den Schutz personenbezogener Daten sowie den Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen sicher stellen. Bestimmte Verwaltungsvorgänge, Informationen oder Dokumente sollen aber grundsätzlich von der Herausgabe oder Einsichtnahme ausgenommen sein können. Vor der Herausgabe von Dokumenten oder einer Einsichtnahme soll die jeweils zuständige Behörde prüfen, ob Datenschutzbelange berührt sind. Für die Herausgabe von Dokumenten oder deren Einsichtnahme sollen Gebühren oder Auslagen erhoben werden können, deren Höhe sich an der bestehenden Umweltinformationskostenverordnung orientieren soll. Durch eine Internetklausel sollen die Behörden angehalten werden, geeignete Informationen in elektronischer Form allgemein zugänglich zu machen, heißt es weiter.

Anmerkung Scherrmann: Vielen BuergerInnen ist nicht bekannt, wie wichtig dieses Gesetz ist und wie sehr Deutschland auf diesem Gebiet hinter dem Standart in den anderen Laendern der EU liegt. Mehr dazu siehe:

Protest gegen begründungslose Ablehnungen des Bundesverfassungsgerichts:

<http://de.geocities.com>

Deutschland, die verspätete Nation: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/frei/16121/1.html>

\*\*\*

Berlin: Mo, 19.07.2004 Inneres/Antwort **GEMEINSAMES PRÄFERENZMODELL FÜR DIGITALFUNK-AUSSCHREIBUNG VORGESEHEN** Berlin: (hib/WOL) Zur Klärung wichtiger Grundsatzfragen für Aufbau und Betrieb eines sicheren digitalen Funknetzes entwickeln Bund und Länder derzeit ein Präferenzmodell, das als Ausschreibungsgrundlage dienen soll. Dies erklärt die Bundesregierung in der Antwort (15/3582) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/3535). Gemäß der Dachvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom vergangenen März sei ein Vergabeverfahren in Form eines Verhandlungsverfahrens vorgesehen, weshalb zu den Inhalten des laufenden Abstimmungsprozesses im Einzelnen derzeit keine Angabe gemacht werden könnten, heißt es in der Antwort. Insgesamt müssten zur Durchführung des Vergabeverfahrens vor allem die vielfältigen taktischen Forderungen von Bund, Ländern und Gemeinden für ein bundesweit einheitliches und flächendeckendes digitales Kommunikationsnetz aller Sicherheitsbehörden zusammengeführt werden. Zu dem von den Fragestellern angeführten österreichischen Modell mit kürzeren Vergabefristen heißt es, das österreichische Bundesministerium habe nach dem Scheitern des Digitalfunkprojektes "Adonis" im Vorjahr nun zusammen mit lediglich einem Bundesland (Tirol) das Digitalfunkprojekt "BOS Austria" ausgeschrieben. Dem gegenüber bedürfe die in Deutschland beabsichtigte gemeinsame Ausschreibung des Bundes mit allen Bundesländern sorgsamer und zeitintensiver Vorbereitung. Zu zeitlichen und finanziellen Perspektiven anderer EU-Mitgliedstaaten wird dargelegt, konkrete Erfahrungen seien von Großbritannien, Schweden, Österreich, der Tschechischen Republik und Finnland eingeholt worden. Aus den dazu vorgelegten Listen gehe hervor, dass Finnland und Großbritannien bereits Anfang der 90er Jahre mit der politischen Entscheidung und Vorplanung begonnen haben. Mit dem "Roll-out" (der offiziellen Vorstellung) des Vorhabens rechnen danach Finnland und Großbritannien bis 2006. Von den anderen Ländern würden Fristen bis 2008 und 2009 angegeben. Finnland habe in der Aufstellung eine getrennte Ausschreibung von Netzaufbau und Betrieb ausgewiesen, wonach der Netzaufbau bis 2003 circa 147 Millionen Euro gekostet habe und der Betrieb zwischen 1999 und 2003 mit 35 Millionen Euro jährlich ausgewiesen ist. Von Großbritannien würden die Gesamtkosten mit 1,8 Milliarden Pfund (ca. 27,09 Milliarden Euro) und die jährlichen Betriebskosten mit 174,25 Millionen Pfund (ca. 262,21 Millionen Euro) angegeben, von Österreich und der Tschechischen Republik seien keine Etatsansätze ausgewiesen. Zu Risiken und Besonderheiten wird unter anderem vermerkt, Großbritannien habe eine Rüge von der EU erhalten. Es habe sich von vornherein auf das System "Tetra", und damit schließlich auf einen einzigen Anbieter festgelegt. Gewinne aus dem neuen Verfahren kämen damit einzig dem Alleinanbieter zu Gute. Zudem hätten die britischen Feuerwehren nicht für die gemeinsame Nutzung gewonnen werden können.

\*\*\*

#### Umwelt/Gesetzentwurf **INITIATIVE ZUR EINFÜHRUNG EINER STRATEGISCHEN UMWELTPRÜFUNG VORGELEGT**

Berlin: (hib/RAB) Bei der Ausarbeitung, Annahme oder Änderung bestimmter Pläne und Programme soll eine strategische Umweltprüfung eingeführt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf (15/3441) von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Damit wird eine EU-Richtlinie über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme umgesetzt. Ziel dieser Richtlinie sei es, in der EU ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen. Mit dem Gesetzentwurf will die Koalition gewährleisten, dass Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen und Programmen entsprechend berücksichtigt werden. Es sollen alle Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche

Umweltauswirkungen haben, einer strategischen Prüfung unterworfen werden. Somit sollen derartige Auswirkungen bereits frühzeitig berücksichtigt werden. Eine solche Umweltprüfung komme auch den Unternehmen zugute, da mit der frühzeitigen Berücksichtigung von Umweltbelangen mehr Planungssicherheit geschaffen werde. Nach Auffassung der Abgeordneten trägt eine solche Prüfung außerdem dazu bei, bei der Entscheidungsfindung zu nachhaltigeren und wirksameren Lösungen beizutragen. Sie sei sinnvoll, da somit die Umweltauswirkungen nicht erst in den anschließenden Zulassungsverfahren von Plänen und Programmen geprüft werden.

#### =====

#### **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

Berlin, den 23.07.04: Umweltbundesamt Presse-Information 68/04 **Schutz der Meeresumwelt: auch eine Aufgabe der EG-Mitgliedstaaten** Europäische Gemeinschaft hat nur eingeschränkte Kompetenzen bei Meeresschutzabkommen

Kommt der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Bereich des Umweltschutzes die alleinige Kompetenz zur Aushandlung völkerrechtlicher Verträge und zur Verwirklichung internationaler Absprachen zu? Diese Frage ließ das Umweltbundesamt (UBA) mit Blick auf das Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks - das so genannte Oslo-ParisÜbereinkommen

(OSPAR) - klären. Die Antwort des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik (Ecologic): In der Regel sind die Mitgliedstaaten bei Meeresschutzmaßnahmen außenpolitisch - neben der Europäischen Gemeinschaft - zuständig. Die Studie erläutert die grundsätzliche Kompetenzverteilung: Danach dürfen die Mitgliedstaaten wegen der konkurrierenden Zuständigkeiten bei umweltpolitischen Regelungen der EG - zum Beispiel bei Wasser- oder Naturschutz-Richtlinien - immer dann eigenständige Regelungen treffen, wenn sich die EG des Themas noch nicht umfassend angenommen hat. Da aber die EG im Umweltbereich nur Mindeststandards setzen darf, können die Mitgliedstaaten strengere Maßnahmen treffen. Insofern verbleiben ihnen auch außenpolitische Kompetenzen. Deren Wahrnehmung wird dadurch eingeschränkt, dass die gemeinschaftlich vereinbarte Politik durch das Handeln eines einzelnen Mitgliedstaates nicht beeinträchtigt werden darf.

Anders verhält es sich bei binnenmarktsbezogenen umweltpolitischen Maßnahmen, etwa im Produktoder

Anlagenrecht. Soweit die EG hier für die Mitgliedstaaten abschließende Maßnahmen getroffen hat, sind diese auch außenpolitisch daran gebunden. Solche Regelungen finden sich unter anderem im Chemikalienrecht - zum Beispiel hinsichtlich zinnorganischer Verbindungen - und in der Richtlinie für genehmigungsbedürftige Anlagen (IVU-Richtlinie).

Für derartige Fälle zeigt die Studie - neben den politischen Einflussmöglichkeiten - weitere Handlungsoptionen der Mitgliedstaaten zur Wahrnehmung ihrer Interessen auf. Dieses Interesse kann in der Klärung der Zuständigkeit oder in der Durchsetzung umweltpolitisch strengerer Regelungen bestehen. Nationale, umweltpolitisch strengere Anforderungen können aber wegen der hohen rechtlichen Anforderungen kaum realisiert werden, selbst falls solche Beschlüsse und Empfehlungen regionaler Konventionen - wie OSPAR - vorliegen.

Zudem gibt die Studie eine Handlungsanleitung - in deutscher und englischer Sprache - für "Verhandlungen vor Ort". Hierin sind die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst und für zukünftige Verhandlungssituationen aufbereitet.

Der Bericht "EG-Kompetenzen bei völkerrechtlichen Verträgen im Umweltbereich unter besonderer Berücksichtigung des OSPAR-Übereinkommens" des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik (Ecologic), Berlin, in Zusammenarbeit mit Frau Prof. Epiney, Universität Freiburg, Schweiz, ist in der Schriftenreihe BERICHTE des UBA als Nummer 01/04 erschienen. Er umfasst rund 200 Seiten, kostet 34,80 Euro und ist beim Erich Schmidt Verlag Berlin, Genthiner Str. 30 g, 10785 Berlin sowie im Buchhandel (ISBN-Nr.: 3-503-08310-3) erhältlich.

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-068.pdf> Eine Zusammenfassung ist im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/> veröffentlicht.

\*\*\*

Berlin, den 19.07.2004 Umweltbundesamt Presse-Information 66/04 **Klärschlamm muss sauberer werden. Organozinnverbindungen und Hygiene sind problematisch**

Die Landwirtschaft nutzt Klärschlamm als Dünger. Doch neben Pflanzennährstoffen wie Phosphor enthält Klärschlamm auch Schadstoffe. Bislang waren dabei besonders die Schwermetalle - wie Kupfer oder Zink - im Blick. Diesen wird man erweitern müssen, denn eine Untersuchung von 51 Klärschlammern im Auftrag des Umweltbundesamt hat gezeigt: Mit der Ausbringung von Klärschlamm auf die Äcker können auch organische Schadstoffe - wie Tributylzinn - ins Grundwasser gelangen. Auch die existierenden Hygieneanforderungen genügen offensichtlich nicht immer nicht den Ansprüchen an einen qualitativ hochwertigen Dünger. Die Ergebnisse der Untersuchung der wave GmbH in Verbindung mit dem Gutachterbüro terrAquat und der Universität Stuttgart bestätigen das



Umweltbundesamt in seiner Auffassung: Soll Klärschlamm als Dünger genutzt werden, müssen vorsorge- und schutzgutorientierte Anforderungen erfüllt werden. Dies bedeutet - neben weitergehenden Regelungen bei Schwermetallen - , dass auch bei organischen Schadstoffen und der Hygiene anspruchsvollere Anforderungen eingehalten werden müssen

Die Wissenschaftler untersuchten 51 Klärschlämme kommunaler Kläranlagen auf die Gehalte von Organozinnverbindungen, Lineare Alkylbenzolsulfonate, Nonylphenol, Mineralölkohlenwasserstoffen (MKW) und Chlorparaffine. Dabei zeigten sich große Schwankungsbreiten bei den Gehalten an MKW, die mit dem Anteil an gewerblichen Abwässern korrespondierten - je höher deren Anteil an der Abwassermenge, desto höher ist auch der MKW- Gehalt. Für die Gruppe der Organozinnverbindungen wurde zwar insgesamt ein spürbarer Rückgang im Vergleich zu Messungen aus dem Jahr 1995 verzeichnet, der darauf zurückzuführen ist, dass durch Verbote und Produktionsumstellungen in Europa insbesondere der Eintrag von Tributylzinnverbindungen (TBT) in die Umwelt stark reduziert wurde. Aber dieser Rückgang reicht noch nicht aus, um eine Entwarnung hinsichtlich aller Organozinnverbindungen zu geben.

Die Untersuchungen lieferten auch Erkenntnisse darüber, inwieweit Böden, Grundwasser oder Pflanzen durch die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung mit Organozinnverbindungen und MKW belastbar sind. Dazu wurden Böden mit stark belastetem Klärschlamm (2 Milligramm pro Kilogramm Trockensubstanz) beaufschlagt und sowohl Säulenversuche im Labor als auch Feldversuche unter Praxisbedingungen durchgeführt. Es konnte nachgewiesen werden, dass bis zu etwa einem halben bis knapp über zwei Prozent des im Klärschlamm enthaltenen TBT bereits in kurzer Zeit in Bodenschichten bis zu 80 Zentimeter Tiefe verlagert wurden. Das entspricht einer geschätzten Konzentration von 0,3 bis 2,8 Mikrogramm TBT pro Liter Sickerwasser. Der Durchbruch der Organozinnverbindungen in den Säulen- und Feldversuchen lässt vermuten, dass diese auch in noch tiefere Bodenschichten bis hin ins Grundwasser verlagert werden können. Obwohl die Versuchsbedingungen nicht exakt dieselben waren wie beim Test von Pflanzenschutzmitteln ist dies doch als eine hohe Konzentration einzustufen. Zum Vergleich: Für Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe gilt im Trinkwasser ein Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Wasser. Der auf ökotoxikologischer Grundlage abgeleitete Geringfügigkeits-schwellenwert für das Grundwasser beträgt sogar nur 0,001 Mikrogramm TBT pro Liter.

Neben den Ergebnissen zu den organischen Schadstoffen ergaben die Feldversuche noch ein weiteres, überraschendes Ergebnis: Die mit dem Klärschlamm einer bestimmten Abwasserbehandlungsanlage beaufschlagten Flächen wiesen einen starken Aufwuchs von Tomatenpflanzen auf. Dies lässt auf eine mangelnde Hygienisierung des Klärschlammes schließen, denn: Wäre die Abwasserbehandlung hygienisch ausreichend, wären die Tomatensamen soweit geschädigt, dass sie nach Ausbringung des Klärschlammes auf die Felder nicht mehr ausgekeimt wären.

Die Studie "Untersuchung von Klärschlamm auf ausgewählte Schadstoffe und ihr Verhalten bei der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung" ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 20/04 erschienen, umfasst 228 Seiten und kostet 10 Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Telefon: 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79; e-Mail:

[berlin@wundv.com](mailto:berlin@wundv.com)

HTM: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-066.htm> PDF:

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-066.pdf>

\*\*\*

Berlin, den 02.07.04 Umweltbundesamt Presse-Information 58/04

**Mit Energie zum Klimaschutz. UBA veröffentlicht neues Internetportal: [www.energygermany.de](http://www.energygermany.de)**

Die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien "renewables2004" setzte vor wenigen Wochen in Bonn Zeichen für eine globale Energiewende: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kann einen aktiven Beitrag leisten, die weltweite Armut zu bekämpfen und das Klima zu schützen. Vor allem Deutschland verstärkt seine Aktivitäten auf diesem Gebiet und setzt dabei auf Solarwärme, Solarstrom, Wasserkraft, Windenergie, Bioenergie und Geowärme. Mit dem neuen Internetportal "Energy Germany" - unter der Adresse <http://www.energy-germany.de> - sind technische und organisatorische Lösungen aufgezeigt, mit denen das Interesse an deutscher Energietechnik geweckt sowie der Zugang zu deutschen Ansprechpartnern möglich werden.

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Verwaltungen - auch aus Ländern, die sich im Bereich Energie und Umwelt weiter entwickeln möchten - können mit dem Internetportal "Energy Germany" schnell und effektiv von den in Deutschland gesammelten Erfahrungen und dem umfangreichen Wissen auf dem Gebiet der nachhaltigen, also dauerhaft umweltgerechten, Energienutzung profitieren. Zu einer nachhaltigen Energieversorgung und der damit einhergehenden Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes gehört auch die effizientere Energieumwandlung und der sparsame Umgang mit Energie. Dabei sind insbesondere die Kraft-Wärme-Kopplung, der Einsatz energiesparender

Antriebstechniken, die Verringerung von Leerlaufverlusten, eine bessere Wärmeisolierungen im Gebäudebereich sowie - als neues Instrument - der Emissionshandel von Bedeutung. Parallel zum Internetportal legt das UBA die Publikation "Erneuerbar und Effizient - Mit Energie zum Klimaschutz" vor. Sie umfasst 30 Seiten und ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt , ZAD, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Postkarte), e-Mail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de) .

=====  
Ende des newsletter/d/70

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt